

Sofortinformation

Als Gäste werden zum Punkt Vorstellung von Kandidaturen zur Europawahl Johanna Scheringer-Wright (MdL Thüringen) und Helmut Scholz (MdEP) begrüßt. Beide haben angezeigt, dass sie für DIE LINKE bei der Wahl zum Europäischen Parlament 2019 antreten möchten. Der Landesausschuss räumt ihnen die Möglichkeit zur Vorstellung ein.

Johanna Scheringer-Wright (Auszug):

- MdL Thüringen, Agrarpolitik
- Mitglied im PV
- DIE LINKE steht derzeit (in der Europapolitik) in der Defensive
- „Raus aus EU“ ist keine Alternative
- EU in jetziger Form unsozial, militaristisch, lobbyistisch
- Ungerechte Verteilung von Agrar-Subventionen
- Demokratie-Defizite

Helmut Scholz (Auszug):

- MdEP, Handelspolitik, internationale Beziehungen
- Noch viele Herausforderungen in Europapolitik -> erneute Kandidatur
- LINKE braucht keine abstrakten Diskussionen über „Die EU“ -> der konkrete Mehrwert der LINKEN muss deutlich gemacht werden
- Die Folgen des Brexit, die soziale und demokratische Gestaltung der EU sind von enormer Bedeutung für die Zukunft

Nach Anfragen und Diskussionsbeiträgen bekräftigen die Landesausschussmitglieder die Unterstützung des Landesverbandes für den Kandidaten Helmut Scholz und nehmen die Kandidaturabsicht von Johanna Scheringer-Wright wohlwollend entgegen.

Der Landesvorsitzende, Torsten Koplin, berichtet u.a., dass politische Themen z.B. bei Rente, Frieden, Waffenproduktion, Landwirtschaft gut gesetzt werden konnten. Die Regionalkonferenzen zu den kommunalpolitischen Leitlinien (7. April Wismar, 23. Juni Malchow, 25. August Rostock, 28. September Anklam) sind wichtige Grundlage zur Qualifikation der inhaltlichen Punkte. Zudem kündigt er eine Diskussion über Migrationspolitik auf einer Landesmitgliederkonferenz im November an.

Der Landesvorstand musste sich mehrfach mit Problemen im Landesverband (u.a. Initiativkreis Uecker-Randow, Ueckermünde, Wolgast) beschäftigen und konnte dabei Fortschritte erzielen. Die Landrats- und Bürgermeisterwahlen 2018 sind von Licht und Schatten geprägt. Der Dank gilt allen Kandidaten und Wahlkämpfer*innen.

Am 6. Oktober findet eine Friedens- und Konversionskonferenz in Wolgast statt.

Auf dem Landesparteitag am 20. Oktober in Grimmen wird es um unsere kommunalpolitischen Leitlinien gehen. Des Weiteren soll eine Vorschau auf die Kommunalwahl-Kampagne, Berichte zu Strukturentwicklung und politischer Bildung im Landesverband sowie Satzungsänderungen auf der Tagesordnung stehen.

Aus der Landtagsfraktion berichtet die Fraktionsvorsitzende, Simone Oldenburg u.a. über die Klausurtagung in Berlin in dieser Woche. Dort hat es Verständigungen mit Mitgliedern der Abgeordnetenhausfraktion und der Landesregierung gegeben. Sie lobt die gute Arbeit von Rot-Rot-Grün z.B. bei der Kinderarmutsbekämpfung.

Die Landtagsfraktion kann auf eine gute Medienpräsenz auch während der Sommerpause zurückblicken. Zudem informiert Simone Oldenburg über die Klage gegen Strategiefonds, die erfolgreiche Landtour „Übergang Schule-Beruf“ sowie die 13 Punkte zum „Übergang Schule-Beruf“, welche in parlamentarischen Initiativen münden werden.

Die Landesschatzmeisterin, Gabriela Göwe, informiert zum Thema Finanzen über die Erfüllungsstände der Haushaltspläne 2018 (1. Halbjahr). Der Antrag auf Planänderungen der Kreisverbände MSE und LUP wird einstimmig beschlossen.

Zudem berichtet sie über den Stand der Investitionen und Projekte aus den Erbschaftsmitteln sowie die Aufforderung der Bundespartei zur Einholung von Einwilligungserklärungen zum Datenschutz von Nicht-Mitgliedern. Der Landesverband hat in diesem Zusammenhang 190 Personen angeschrieben.

Abschließend erfolgt eine Verständigung über den Schiedsspruch der Bundesschiedskommission zum Berufungsverfahren des Landesgeschäftsführers. Der anonymisierte Schiedsspruch liegt den Landesausschussmitgliedern vor. Die Beschwerden der Beschwerdeführer wurden als unbegründet zurückgewiesen. Das Dokument enthält jedoch Empfehlungen, in der Landessatzungsänderung das Verfahren zu konkretisieren.

Der Landesvorsitzende, Torsten Koplín, informiert, dass sich der Landesvorstand bereits mehrfach mit der Frage von diesbezüglichen Satzungsänderungen beschäftigt hat. Nun, nach Vorliegen des Schiedsspruches der BSK, wird detailliert über Vorschläge befunden werden. Diese sollten auf dem Landesparteitag am 20. Oktober zur Abstimmung gestellt werden.

Nach einer Diskussion zum zeitlichen Ablauf und der möglichen Beteiligung des Landesausschusses bei Vorschlägen zur Satzungsänderung, entscheiden die Mitglieder des Landesausschusses, eine fünfköpfige Arbeitsgruppe aus ihren Reihen zu bilden, welche sich an der Diskussion im Landesvorstand beteiligt.